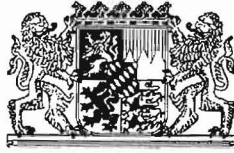


# Landgericht München I

Az.: 25 O 10507/17



**IM NAMEN DES VOLKES**

In dem Rechtsstreit

**Piper Verlag GmbH,** [REDACTED]  
[REDACTED] München  
- Klägerin -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte [REDACTED]

Gz.: [REDACTED]

gegen

- 1) **AfD-Fraktion im Thüringer Landtag**, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt  
- Beklagte -
- 2) **Höcke Björn**, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt  
- Beklagter -

Prozessbevollmächtigter zu 1 und 2:

Rechtsanwalt **Schlösser** Sascha, Augustinerstraße 48, 99084 Erfurt

wegen Unterlassung

erlässt das Landgericht München I - 25. Zivilkammer - durch die Vorsitzende Richterin am Landgericht [REDACTED], den Richter am Landgericht [REDACTED] und die Richterin am Landgericht [REDACTED] am 19.10.2018 aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 05.09.2018 folgendes

## Endurteil

1. Die Klage wird abgewiesen.
2. Die Klägerin hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.
3. Das Urteil ist gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des jeweils zu vollstreckenden Betrags vorläufig vollstreckbar.

## Beschluss

Der Streitwert wird auf 40.831,20 € festgesetzt.

## Tatbestand

Die Klägerin ist ein deutscher Buchverlag mit Sitz in München, der für seine Titel markenrechtlichen Schutz in Anspruch nimmt.

Am 22. Mai 2017 erschien das Buch des damaligen Justizministers Heiko Maas **„Aufstehen statt wegducken – eine Strategie gegen Rechts“** (Cover Anlage K 1) exklusiv im Verlag der Klägerin.

Der Beklagte zu 2) ist Fraktionsvorsitzender der Beklagten zu 1). Der Beklagte zu 2) nutzte auf seiner Facebook-Seite den Namen und das Logo der Beklagten zu 1) für gemeinsame politische Propaganda.

Auf der Facebook-Seite des Beklagten zu 2) mit dem Logo der Beklagten zu 1) erschien folgende Veröffentlichung mit der Überschrift:



Auf dem bei Facebook wiedergegebenen Bild ist unscharf eine Brille sowie eine veränderte Version von Teilen des Covers des genannten Buches (ca. 4/5) zu sehen, der Untertitel wurde abgeändert in „Eine Strategie gegen das Recht“. Oberhalb ist ein tropfender Bundesadler und der Text „Die letzten Hemmungen fallen: Wahlkampf direkt aus dem Justizministerium“ zu sehen.

Neben dem Bild ist ein Text des Beklagten zu 2) wiedergegeben, dieser lautet wie folgt:

*„Die Bundesrepublik als Gesinnungsstaat*

*Im Endspurt vor der Bundestagswahl fallen bei den Blockparteien die letzten Hemmungen. Wie bei totalitären Staaten verschwimmen die Grenzen der Gewaltenteilung. Ein Justizminister missbraucht sein Amt, um Druck auf Unternehmen wie Facebook auszuüben, damit diese rechtzeitig vor der Wahl die freie Meinungsäußerung beschneiden. Zensur und Überwachung werden privatisiert und entziehen sich allen rechtsstaatlichen Standards.*

*Und als wäre das alles nicht schon dreist genug, versucht sich eben dieser Justizminister nun auch als Buchautor. Einziges Thema: Wie man wirkungsvoll eine ganz bestimmte Partei bekämpfen kann.*

*Denn diese Partei ist die einzige echte Opposition in einer Zeit, da die Politik der Blockparteien austauschbar geworden ist. Deswegen jetzt erst recht: AfD“*

Anschließend folgte ein Link auf die Webseite [www.beck.de](http://www.beck.de) zum damals aktuellen Entwurf des Bundesjustizministeriums zum NetzDG.

Der Facebook-Auftritt erfolgte nicht nur für den Beklagten zu 2), sondern auch unmittelbar für die Beklagte zu 1). Die konkrete Individualbezeichnung der Facebook-Seite lautet: @Bjoern.Hoecke.AfD. Im Aufmacherfoto ist die Fraktion der AfD im Thüringer Landtag abgebildet (Anlage K 2), im Impressum der streitgegenständlichen Facebook-Seite (Anlage K 3) heißt es: *Björn Höcke ist Vorsitzender der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag und Landessprecher der AfD Thüringen.*

Die Klägerin wurde am 31.5.2017 durch die Redaktion der ARD-Tagesschau auf die streitgegenständliche Veröffentlichung aufmerksam gemacht.

Die Klägerin mahnte die Beklagten mit Schreiben vom 31.5.2017 ab. Am selben Tag veröffentlichte die dpa die folgende Meldung des Beklagten zu 2):

*„Am Mittwoch postete Höcke dann den richtigen Buchtitel neben dem Satz: „Technik mit Tücken: Leider hat unser Rechtschreibprogramm den Untertitel des Maas-Buchs als völligen Unsinn erkannt und den vermeintlichen Fehler automatisch korrigiert.“*

Der falsche Buchtitel wurde aber weiterhin auf der Facebook-Seite abgebildet.

Mit Schreiben vom 1.6.2017 lehnten die Beklagten die Abgabe einer Unterlassungserklärung ab.

Am 9.6.2017 untersagte das Landgericht München I auf Antrag der Klägerin im Wege einer einstweiligen Verfügung (25 O 8223/17) die Darstellung. Die Klägerin forderte die Beklagten mit Anwaltsschriftsatz vom 3. Juli 2017 (K 8) zur Abgabe einer Abschlusserklärung auf sowie zur Erstattung der Rechtsanwaltskosten für das Abmahnschreiben und die Aufforderung zur Abschlusserklärung gemäß Rechnung vom selben Tag über 2.881,88 €.

Die Klägerin begründet den geltend gemachten Unterlassungsanspruch mit einer rechtswidrigen Verletzung ihres Unternehmenspersönlichkeitsrechts.

Die Klägerin verweist darauf, dass sie als Verlag in der aktuellen Diskussion um die mediale Wahrhaftigkeit und Wahrheit im Fokus der Öffentlichkeit stehe. Gerade die vorliegende Rechtsverletzung durch die Falschbehauptung der Beklagten treffe die Klägerin in ihrem grundrechtlich besonders geschützten Kern ihrer Tätigkeit.

Der mögliche Rechtsfertigungsgrund der Satire greife hier nicht. Denn der Betrachter könne nicht erkennen, dass der Buchtitel verändert worden sei, er könne ein Abweichen von Wahrheit und Unwahrheit nicht erkennen, weshalb sich die Beklagten nicht auf Satire berufen dürften.

Da das Schriftbild gegenüber dem Original unverändert und identisch ist, nehme der objektive Betrachter an, die Abbildung zeige den tatsächlichen Untertitel des Buches. Mit der Veränderung des Buchcovers erweckten die Beklagten bei dem unbefangenen Leser, der das Original nicht kenne, den Eindruck, das Buch von Heiko Maas mit dem Titel „Aufstehen statt wegducken“ trage den dort gezeigten Untertitel. Wer die Originalveröffentlichung nicht kenne, müsse den Eindruck bekommen, das Hintergrundfoto, sowie der Buchtitel seien unbearbeitet.

Voraussetzung für ein zutreffendes, die Rechte der Klägerin nicht verletzendes Verständnis sei, dass der Betrachter dieser Publikation der Beklagten sicher erkenne, dass etwas verfälscht ist. Der Betrachter dieser Publikation könne aber hier nicht erkennen, dass etwas verfälscht ist. Er könne zwanglos annehmen, dass das Buch, das abgebildet ist, auch dasjenige ist, das bei der

Klägerin erschienen ist. Wenn dieses nicht gemeint sei, mache die Aussage keinen Sinn.

Erst nachdem die Tagesschau über den gefälschten Buchtitel auf der Facebook-Seite des Beklagten zu 2) berichtet hatte (vgl. K 9), hätten sich empörte Kommentare über die Fälschung des Buchtitels gehäuft. Zuvor sei diese nicht aufgefallen.

Ihre Titel gehörten zu ihren gemäß § 823 I BGB absolut geschützten Rechten.

Die Klägerin trägt vor, der Autor habe das Buch nicht als Bundesjustizminister geschrieben. Das Justizministerium habe hierfür keine Mittel zur Verfügung gestellt. Der Autor habe sein Amt nicht für diese Publikation genutzt.

Die Klägerin meint, die Beklagte zu 1) müsse sich daher den Auftritt des Beklagten zu 2) zurechnen lassen.

Die Klägerin macht außer der Unterlassung vorgerichtliche Kosten für die Abmahnung aus einem Streitwert von € 40.000 und eine 0,75 Geschäftsgebühr in Höhe von € 759,75 zuzüglich Auslagenpauschale sowie für das Abschlussschreiben aus einem Gegenstandswert von € 60.000 und eine 0,65 Geschäftsgebühr Auslagenpauschale in Höhe von 811,20 Euro zuzüglich, insgesamt € 1.610,95 geltend.

Die Klägerin beantragt:

1. die Beklagten zu verurteilen, es bei Vermeidung eines vom Gericht für jeden Fall der Zuwiderhandlung festzusetzenden Ordnungsgeldes und für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, einer Ordnungshaft oder einer Ordnungshaft bis zu sechs Monaten (Ordnungsgeld im Einzelfall höchstens EUR 250.000,-; Ordnungshaft insgesamt höchstens zwei Jahre, Ordnungshaft ggf. am jeweiligen Vorsitzenden des Beklagten zu 1 zu vollziehen), zu unterlassen

das Buch „Heiko Maas / Aufstehen statt wegducken“ mit dem Untertitel „Eine Strategie gegen das Recht“ abzubilden, wie dies im Folgenden geschehen ist:



2. die Beklagten als Gesamtschuldner zu verurteilen, an die Klägerin € 1.610,95 nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu zahlen.

Die Beklagten beantragen,

die Klage abzuweisen.

Die Beklagten meinen, es fehle an einer Verletzung des Unternehmenspersönlichkeitsrechts der Klägerin, das schwächer ausgestaltet sei als das allgemeine Persönlichkeitsrecht natürlicher Personen. Es treffe nicht zu, dass der Klägerin der modifizierte Titel zugeordnet würde und sie insoweit betroffen sei. Das Buchcover sei absichtlich gerade so in die Collage eingebunden worden, dass der durchaus vorhandene Hinweis auf die Klägerin gerade nicht sichtbar wird, da sich die Auseinandersetzung, welche der Beklagte zu 2) führen wolle, nicht um den Verlag drehe, sondern sich klar gegen den deutlich erkennbar abgebildeten damaligen Minister und die damalige Regierung richte. Eine Fälschung liege nicht vor, da eine Täuschungsabsicht fehle, da das einzige Identifizierungsmerkmal, welches auf die Klägerin hindeute, der Vermerk „Piper“, nicht übernommen wurde.

Durch die Überschrift drängte sich dem Leser auf, dass das gegenständliche Posting das eben erst erschienene Sachbuch des damaligen Bundesjustizministers Maas als Wahlkampf für die SPD anprangere. Die Wahlkampfunterstützung aus dem und mithilfe des Justizministeriums, jedenfalls aber unter Ausnutzung der Würde des Amtes des Justizministers werde als Verletzung der Gewaltenteilung kritisiert. Die Kritik richte sich folglich an den Justizminister und das von diesem geführte Ministerium. Diese Implikation präge den Einstieg in die Bewertung des streitgegenständlichen Lichtbildes bzw. der streitgegenständlichen Collage.

Verstärkt werde diese ohne weiteres erkennbare Kritik durch die modifizierte Darstellung des Bundesadlers als Kennzeichen der Bundeseinrichtungen, der in Schiefelage dargestellt sei und sich scheinbar auflösend zerfließe. Die Verfremdung des Bundesadlers sei ein Klassiker einer satirischen Darstellung der Kritik am Staat.

Der Beitrag insgesamt sei als Meinungsäußerung erkennbar und unterfalle damit dem Schutzbereich durch Art. 5 Abs. 1 S. 1 Grundgesetz.

Dem Titel komme kein urheberrechtlicher Schutz zu, es fehle an der urheberrechtlichen Schutzfähigkeit. Ein sich aus dem Markengesetz gebender Titelschutz würde eine markenmäßige Verwendung voraussetzen, an dieser fehle es aber.

Zur Ergänzung des Tatbestands wird auf die zwischen den Parteien gewechselten Schriftsätze nebst Anlagen und das Protokoll der mündlichen Verhandlung Bezug genommen.

## Entscheidungsgründe

Die zulässige Klage ist nicht begründet.

I.

Der geltend gemachte Unterlassungsanspruch ist nicht gemäß §§ 823, 1004 BGB, Art. 2 Abs. 1, Art. 19 Abs. 3 GG begründet.

Als juristische Person kann sich die Klägerin, soweit sie aus ihrem Wesen als Zweckschöpfung des Rechts und ihren Funktionen dieses Rechtsschutzes bedarf, gemäß Art. 2 Abs. 1, Art. 19 Abs. 3 GG auf eine Verletzung ihres Persönlichkeitsrechts berufen.

Das allgemeine Persönlichkeitsrecht ist eine Rechtsschöpfung der Rechtsprechung, die Lücken im Persönlichkeitsschutz ausfüllt und aus den in Art. 1 Abs. 1 und Art. 2, Abs. 1 Abs. 2 GG getroffenen Wertentscheidungen ihre Legitimation erfährt (BVerfGE 34,269). Dieser Entstehungsgrund macht die thematische Begrenzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts deutlich. Eine Ausdehnung der Schutzwirkung dieses Rechts über natürliche Personen hinaus auf juristische Personen erscheint auch mit Blick auf Art. 19 Abs. 3 GG nur insoweit gerechtfertigt, als sie aus ihrem Wesen als Zweckschöpfung des Rechts und ihren Funktionen dieses Rechtsschutzes bedürfen. Dies ist der Fall, wenn sie in ihrem sozialen Geltungsanspruch als Arbeitgeber oder als Wirtschaftsunternehmen betroffen sind (BGH VI ZR 286/93; BGH VI ZR 123/16 ). In diesem begrenzten Schutzbereich ist die Klägerin aber durch das Vorgehen der Beklagten nicht rechtswidrig verletzt worden.

- a) Die Behauptung, die Klägerin hätte tatsächlich ein Buch mit dem Untertitel *Strategien gegen das Recht* herausgegeben, wird in dem angegriffenen Beitrag nicht aufgestellt. Die beanstandete Veröffentlichung enthält keinen Hinweis auf die Klägerin. Die Aufnahme des Buches wurde nur teilweise in den beanstandenden Beitrag übernommen und zwar so, dass die Klägerin als Herausgeberin des Buches nicht zu erkennen ist.

Dass die Klägerin von der Veröffentlichung betroffen ist, kann nur ein Leser erkennen, der weiß, dass die Klägerin dieses Buch verlegt hat. Wer aber weiß, dass das Buch von Heiko Maas bei der Klägerin erschienen ist, wird den richtigen Titel, insbes. auch den richtigen Untertitel, kennen und daher wissen, dass eine Verände-

rung vorgenommen wurde.

- b) Bei dem beanstandeten Untertitel handelt es sich nach Überzeugung des Gerichts um Satire.

Dabei wurde berücksichtigt, dass sich auf dem beanstandeten Beitrag links oben ein zerfließender Bundesadler; über der Abbildung des Buches die Überschrift *Wahlkampf direkt aus dem Justizministerium* und sich rechts neben der Abbildung ein Text befindet, aus dem sich ergibt, dass der damalige Justizminister der Autor des Buches war.

Die Ansicht der Klägerin, aus dem teilweise eingeblendeten Buchtitel selbst ergebe sich nicht, dass der Untertitel verändert wurde, greift zu kurz. Bei der Beurteilung muss der Beitrag als Ganzes berücksichtigt werden, insbesondere auch die Überschrift *Wahlkampf direkt aus dem Justizministerium* sowie, dass in dem daneben stehenden Text nicht nur mitgeteilt wird, dass der Buchautor der Justizminister war, sondern dass der Beklagte zu 2), den Justizminister, dessen Buch und dessen Verhalten im Wahlkampf heftig und polemisch kritisiert.

Die Kammer hält es jedenfalls derzeit für fernliegend, dass ein Leser tatsächlich annehmen würde, der Justizminister der Bundesrepublik Deutschland würde ein Buch mit dem Untertitel *Strategien gegen das Recht* veröffentlichen.

- c) Die Klägerin kann sich daher auch nicht darauf stützen, dass der Beitrag eine falsche Tatsachenbehauptung hinsichtlich des Buchuntertitels enthält, denn wenn man insofern von einer unrichtigen Tatsachenbehauptung ausgehen sollte, so kommt es für die rechtliche Beurteilung darauf an, ob für den Empfänger erkennbar ist, dass es sich dabei um eine für die Satire typische Verfremdung oder Übertreibung handelt, er sie also für seine Meinungsbildung bewertend einordnen kann, oder ob er zu der irrigen Einschätzung kommen kann, die Aussage sei tatsächlich wahr (vgl. BGH, GRUR-Prax 2017, 126). Hier ist aber - wie bereits ausgeführt - davon auszugehen, dass erkannt wird, dass der Titel nicht vom Justizminister stammen kann und daher eine Veränderung erfolgt sein muss.

- d) Die Klägerin kann sich auch nicht auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts 1 BvR 240/04 berufen. Danach schützt das allgemeine Persönlichkeitsrecht auch vor der Verbreitung eines technisch manipulierten Bildes, das den Anschein erweckt, ein authentisches Abbild einer Person zu sein. Denn der Träger des Persönlichkeitsrechts hat zwar kein Recht darauf, von Dritten nur so wahrgenommen zu werden, wie er sich selbst gerne sehen möchte (vgl. BVerfGE 1 BvR 240/04 m. w.N.), wohl aber ein Recht, dass ein fotografisch erstelltes Abbild nicht manipulativ entstellt ist, wenn es Dritten ohne Einwilligung des Abgebildeten zugänglich gemacht wird.

Zum einen kann ein Buchcover nicht mit der Abbildung einer natürlichen Person verglichen werden. Zum anderen wurde hier kein Abbild des Rechtsträgers verändert, sondern ein Untertitel und das ist nicht der Rechtsträger.

Das Bundesverfassungsgericht hat ferner darauf abgestellt, dass eine unrichtige Information, die der verfassungsrechtlich vorausgesetzten Möglichkeit zutreffender Meinungsbildung nicht dienen kann, unter dem Blickwinkel der Meinungsfreiheit kein schützenswertes Gut ist, wenn die Manipulation dem Betrachter nicht erkennbar ist, so dass er die Veränderung nicht als Teil der für satirische Darstellungen typischen Verfremdungen und Verzerrungen deuten und damit für seine Meinungsbildung bewertend einordnen könne. Wie aber bereits ausgeführt, kann der verständiger Betrachter und Leser, auf den abzustellen ist, hier die Veränderung erkennen.

Der Beitrag enthält eine Kritik am Autor des Buches auch in seiner Funktion als Justizminister. Die Beklagten sind der Auffassung der Autor Heiko Maas habe aus dem und mithilfe des Justizministeriums, jedenfalls aber unter Ausnutzung der Würde des Amtes des Justizministers, Wahlkampf betrieben. Aus dem angegebenen Link ergibt sich auch eine Kritik am damaligen Entwurf des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes. Die Beklagten ziehen dieses Vorgehen als rechtsstaatlich in Zweifel. Diese Kritik wird satirisch eingekleidet in den Untertitel *Strategien gegen das Recht*.

Für die Beklagten dürfte zwar nicht die Kunstfreiheit gemäß Art. 5 Absatz 3 GG streiten. Da nicht jede Satire Kunst ist, reicht allein das Vorliegen von Satire für den Schutz von Art. 5 Absatz 3 GG nicht aus. Aber die Beklagten können sich jedenfalls auf die Meinungsfreiheit gemäß Art. 5 Absatz 1 GG berufen. Diese steht im Rahmen der vorzunehmenden Abwägung der begehrten Unterlas-

sung entgegen, so man überhaupt von einer Betroffenheit der Klägerin in ihrem Unternehmenspersönlichkeitsrecht ausgehen wollte.

## II.

Ein Unterlassungsanspruch der Klägerin ergibt sich auch nicht aus § 823 I BGB wegen der Verletzung der Marke als sonstiges Recht.

Immaterialgüterrechten, wie Marken, sind sonstige Rechte im Sinn von § 823 Abs. 1 BGB. Unterlassungsansprüche wegen Verletzung der Marke sind aber in §§ 14, 15 MarkenG speziell geregelt. Die Klägerin hat weder dargelegt, dass hinsichtlich des Untertitels Unterlassungsansprüche gemäß §§ 14, 15 MarkenG entstanden sind, noch diese geltend gemacht.

Das allgemeine Deliktsrecht darf nicht dazu benutzt werden, vermeintliche Schutzlücken der Spezialgesetze zu schließen, weil damit die vom Gesetzgeber jeweils in hochdifferenzierter Weise ausgestalteten Schutzgrenzen der einzelnen Immaterialgüterrechte überspielt würden. Allerdings kann § 826 BGB zur Anwendung kommen, wenn besondere Umstände vorliegen, die geeignet sind, die Sittenwidrigkeit des schädigenden Verhaltens zu begründen (vgl. MüKoBGB/Wagner BGB § 823 Rn. 282-286), wovon vorliegend nicht ausgegangen werden kann.

## III.

Ein Anspruch auf Erstattung der vorgerichtlichen Anwaltskosten sowie der Kosten für die Aufforderung zur Abgabe einer Abschlusserklärung, besteht nicht, da keine Verletzung des Unternehmenspersönlichkeitsrechts vorliegt.

## IV.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 91 ZPO. Die Vollstreckbarkeit regelt sich nach § 709 ZPO.

## V.

Ein Streitwert wurde das Interesse der Klägerin an der begehrten Unterlassung auf 40.000,-- € geschätzt. Hinzu kommen die für das Abschlussschreiben geltend gemachten Kosten von 831,20 €, da es sich insofern um keine Nebenforderung handelt.

VI.

Die nicht nachgelassenen Schriftsätze der Klägerin vom 26.9.2018 und der Beklagten vom 11.10.2018 ergaben keinen Anlass zum Wiedereintritt in die mündliche Verhandlung, § 156 ZPO.

gez.

██████████  
Vorsitzende Richterin  
am Landgericht

██████████  
Richter  
am Landgericht

██████████  
Richterin  
am Landgericht

Verkündet am 19.10.2018

gez.  
██████████ JAng  
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle



Für die Richtigkeit der Abschrift  
München, 19.10.2018

██████████, JAng  
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle  
Durch maschinelle Bearbeitung beglaubigt  
- ohne Unterschrift gültig